



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Wolfgang Fackler, Eberhard Rotter, Karl Freller, Alfred Sauter, Georg Winter, Markus Blume, Robert Branekämper, Alexander Flierl, Klaus Holetschek, Dr. Martin Huber, Alexander König, Anton Kreitmair, Andreas Lorenz, Walter Nussel, Martin Schöffel, Angelika Schorer, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Peter Tomaschko, Manuel Westphal, Josef Zellmeier**
CSU

Drs. 17/16472, 17/18203

Planungsmittel für Bundesfernstraßen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im laufenden Gesetzgebungsverfahren zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab dem Jahr 2020 und zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften beim Bund für eine Anhebung der Pauschale gemäß § 6 des Gesetzes über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs (BABG) einzusetzen, mit der der Bund den Ländern die bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht für Bundesfernstraßen entstehenden Zweckausgaben erstattet.

Ziel der Staatsregierung sollte sein, dass der Bund die seit 1971 geltende Pauschale in Höhe von 3 Prozent den aktuellen Verhältnissen und gestiegenen Anforderungen anpasst und auf 18 Prozent der Baukosten erhöht.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident